



**Gemeinsame Pressemitteilung des Deutschen Bauernverbands e. V. (DBV)
und des Industrieverbands Agrar e. V. (IVA)**

**Probleme werden mit zu wenig
Pflanzenschutzmitteln verstärkt**

Diskussionen über die Zukunft des Pflanzenschutzes in Brüssel

(Berlin/Frankfurt a. M., 11. Januar 2018) „Den Landwirten müssen wegen der drohenden Gefahr von Resistenzen auch zukünftig ausreichend biologische und chemische Pflanzenschutzmittel mit unterschiedlichen Wirkungsansätzen zur Verfügung stehen.“ Dies betonten die Präsidenten des Deutschen Bauernverbands (DBV), Joachim Rukwied, und des Industrieverbands Agrar (IVA), Dr. Helmut Schramm, auf einer Veranstaltung mit Europaabgeordneten in dieser Woche in Brüssel. „Die Bauern beschränken den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf das notwendige Maß, doch müssen sie unter mehreren Wirkstoffen auswählen können, um zielgerichtet Krankheiten und Schädlinge bekämpfen zu können. Die Pflanzenschutzmittel sind von den Zulassungsbehörden daraufhin geprüft worden, dass sie bei sachgemäßer Anwendung keine gesundheitlichen Folgen und nachhaltige Schäden in der Natur erzeugen“, stellte Bauernpräsident Rukwied fest.

Schramm bekräftigte zudem, dass sich die Industrie zu der Aufgabe bekenne, eine breite Palette an Pflanzenschutzmitteln bereitzustellen. „Um aber in die Forschung und Entwicklung neuer Produkte zu investieren, braucht die Industrie einen langfristig verlässlichen Rahmen. Was heute beschlossen wird, muss auch morgen noch gelten. Die Entwicklung eines neuen Wirkstoffs dauert heute im Durchschnitt zwölf Jahre – eine Substanz, die wir morgen in einem Labor erstmals herstellen, kommt erst 2030 auf den Markt“, so Schramm.

Beide Präsidenten hoben hervor, dass die Glyphosat-Diskussion die Frage nach der Zukunft des Pflanzenschutzes überlagert hat. Landwirtschaft und Industrie stehen dabei ausdrücklich hinter den strengen Regulierungen im Hinblick auf Gesundheit und Umweltwirkung bei der Zulassung sowie beim Verkauf und Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Dies bedeute auch, dass diese Regulierung mit wissenschaftlichen Kriterien begründet wird. Das Beispiel Glyphosat zeige jedoch, wie eine geschickt inszenierte Kampagne eine Politisierung der wissenschaftlichen Bewertung bewirke. „Der DBV tritt ein für eine sachliche und faktenbasierte Debatte“, machte Rukwied deutlich. „Wir haben in Europa klare und strenge Regeln bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Diese schließen ein, dass Wirkstoffe umfangreich geprüft werden.“ Daher gelte es, das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden zu stärken, die mit der wissenschaftlichen Beurteilung der Wirkstoffe betraut sind.

IVA-Präsident Schramm beklagte zudem, dass EU-Regeln in Deutschland nur mangelhaft umgesetzt werden. Eine Untersuchung im Auftrag der EU-Kommission habe gezeigt, dass seit Inkrafttreten des neuen europäischen Pflanzenschutzrechts noch kein Zulassungsantrag in Deutschland in der vorgeschriebenen Frist entschieden wurde. „Eines der Ziele hinter der europäischen Pflanzenschutzverordnung 1107/2009 war es, faire Wettbewerbsbedingungen für Landwirte herzustellen. Davon sind wir noch weit entfernt.“

(2841 Zeichen)

Pressekontakte:

Deutscher Bauernverband e. V.
Pressesprecher
Dr. Michael Lohse
Tel. +49 30 31904-240
Fax +49 30 31904-431
E-Mail: m.lohse@bauernverband.net
<http://www.bauernverband.de>
<http://www.die-deutschen-bauern.de>

Industrieverband Agrar e. V., Pressestelle
Martin May
Tel. +49 69 2556-1249 oder +49 151 54417692
Fax +49 69 2556-1298
E-Mail: may.iva@vci.de
<http://www.iva.de>
https://twitter.com/IVA_Presse